

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/3690 –**

Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

A. Problem

Im Anschluss an die terroristischen Angriffe auf die USA im September 2001 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit den Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) die internationale Gemeinschaft zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus aufgerufen. Er hat seitdem wiederholt, zuletzt mit Resolution 1943 (2010) vom 13. Oktober 2010, seine Unterstützung für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bekräftigt.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleibt weiterhin eine der zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft. Auch wenn sie nicht ausschließlich eine militärische Aufgabe ist, so erfordert die aktuelle Bedrohungslage jedoch unverändert auch die Bereitstellung entsprechender militärischer Kapazitäten. Mit ihrem Einsatz im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour leistet die NATO dazu einen angemessenen Beitrag.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bisher auf Grundlage des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen und der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen an der Operation Active Endeavour (OAE) sowie an der Operation Enduring Freedom (OEF) mit bewaffneten Streitkräften bis zu einer Obergrenze von 700 Soldatinnen und Soldaten beteiligt, die zur See im Mittelmeer (OAE) und am Horn von Afrika (OEF) eingesetzt wurden. Der laufende Einsatz der deutschen Streitkräfte endet am 15. Dezember 2010.

Die Bundesregierung hat beschlossen, den Einsatz unter Beibehaltung der bisherigen Obergrenze bis zum 31. Dezember 2011 zu verlängern, ihn jedoch auf die Beteiligung an der NATO-geführten Operation Active Endeavour zu konzentrieren. Sie beantragt dazu die Zustimmung des Deutschen Bundestages. Für die Fortsetzung des Einsatzes sollen die in dem Antrag aufgeführten Rege-

lungen und Zusagen gelten, die Festlegungen vorangegangener Mandate des Deutschen Bundestages zusammenfassen und, soweit erforderlich, anpassen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss wird gemäß § 96 GO in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung nehmen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/3690 anzunehmen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3690** in seiner 74. Sitzung am 24. November 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gemäß § 96 GO dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3690 in seiner 31. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3690 in seiner 65. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/3690 in seiner 25. Sitzung

am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/3690 in seiner 21. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3690 in seiner 24. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** wird gemäß § 96 GO in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung nehmen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Dr. Rolf Mützenich
Berichtersteller

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Dr. Frithjof Schmidt
Berichtersteller